

Zukunft machen

Widerstand gegen die Energielobby



Wir sind verabredet in Dörpen, südlich von Papenburg. Inge Stemmer hat uns eine Mail geschrieben. Sie ist die Sprecherin einer Bürgerinitiative, die mit großer Leidenschaft gegen den Bau eines Steinkohlekraftwerkes protestiert. „Wenn die Bürger sich nicht quergestellt hätten, dann wäre hier kein Maisfeld mehr“, sagt Inge Stemmer, die das Kraftwerk für völlig überdimensioniert hält: „7 Millionen Tonnen CO2 im Jahr würde das Ding in die Luft pusten für Strom, der hier gar nicht gebraucht wird.“



Wir fahren zusammen nach Börger, in eine Nachbargemeinde, die mit Hilfe von Solarenergie, Windenergie und Biogasanlagen nicht nur den eigenen Strombedarf deckt, sondern auch noch überschüssige Energie ins Netz einspeist. „Das ist eine dezentrale Lösung, aber natürlich eine Lösung, an der die Stromkonzerne nichts verdienen“, sagt Inge Stemmer, die zusammen mit den anderen Mitgliedern der Bürgerinitiative erbittert Widerstand leistet. Zur Zeit entscheiden die Gemeinderäte der umliegenden Gemeinden, ob sie sich für oder gegen das Kraftwerk aussprechen. Am Abend ist Ratssitzung in Neulehe, wo es zum Eklat kommt.



Es ist rappelvoll, viele Neuleher sind gekommen, um den Bürgermeister und die Ratsdamen- und herren zu bewegen, sich gegen das Kraftwerk auszusprechen. „Wir wollen keine Steigerung der Mortalität, weder um ein Prozent, noch um zwei Prozent“, argumentiert eine Frau, deren Kinder heute schon an Asthma leiden und die um ihre Gesundheit fürchtet. „Die Mortalitätssteigerung liegt bei 0,7 Prozent“, hält der Bürgermeister ein anderes Gutachten dagegen. Schließlich entscheidet der Rat sich für das Kraftwerk und erhöhte Auflagen - höhere Grenzwerte bei der Feinstaubbelastung beispielsweise.



„70 Prozent der Bevölkerung lehnen das Kraftwerk ab“, sagt Inge Stemmer. „Ich kann diese Entscheidung nicht verstehen“. Enttäuscht und wütend verlässt das Publikum den Saal und die Ratsherren bleiben praktisch allein zurück. Die Bürgerinitiative hatte gehofft, dass der Rat in Neulehe ein Zeichen setzt. Der Bürgermeister erklärt uns, dass die Forderung höherer Auflagen möglicherweise dazu führt, dass gar kein Kraftwerk gebaut wird. „Sie wollen also eigentlich auch kein Kraftwerk?“, fragen wir. „Das kann man so auch nicht sagen“, lautet die schwammige Antwort. Eine Antwort, die hier alle wütend macht.

Die Ereignisse lassen uns mehr oder weniger ratlos zurück: Wenn es doch alternative Möglichkeiten der Energieversorgung gibt, wie das Beispiel Börger zeigt, wieso werden sie eigentlich nicht flächendeckend umgesetzt?

Autor: [zdf] Jan Frerichs 18.03.09 17:48